

Protokoll:

Die Rede des Oberbürgermeisters liegt dem Original der Niederschrift als Anlage bei und wurde in Session bei betreffendem Tagesordnungspunkt eingestellt.

Nach der Einbringungsrede zum Haushaltsplanentwurf 2011 erfolgt wie in den Vorjahren der folgende einstimmige Beschluss:

„Der Stadtrat beschließt, die Klausurberatungen der Fraktionen zur Beratung des Haushaltes 2011 sind notwendige Sitzungen zur Vorbereitung der Etatverabschiedung durch den Stadtrat.“

Sachbericht „Europabrücke“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt vor, die Europabrücke sei für die Stadt an Rhein und Mosel bedeutendste Verkehrsachse. Mit 105.000 gemessenen Verkehrseinheiten am Tag sei sie vielleicht die am häufigsten befahrene Brücke Deutschlands. Demzufolge sei die Frage, wie man mit der Brücke umginge, existenziell für die Bürger der Stadt, die Pendler, die Einkaufenden. Es sei deswegen wichtig, den Rat über die Ereignisse der letzten Tage zu informieren.

Am vergangenen Dienstag Morgen habe er eine Rücksprache mit dem Baudezernenten Prümm, Herrn Gombert (Amt 66) und Herrn Schwarz (Amt 66) gehalten, in der es eigentlich um die Vorbereitung seiner Haushaltsrede im Hinblick auf das Versatzstück gegangen sei, das er gerade vorgetragen habe, nämlich die Klärung des mittelfristigen Investitionsbedarfs bei der Straßenbrückensanierung. Bei dieser Rücksprache sei allerdings heraus gekommen, dass die Frage, wie man mit der Europabrücke umginge, unverzügliches Handeln voraussetze, weil das tägliche Controlling an der Europabrücke am Vortag zu der Erkenntnis geführt habe, dass bedingt durch den starken Frost, die sowieso bekannten Risse im Bereich der statischen Sicherheitsblöcke unter der Brücke sich dramatisch verbreitert hätten. Die Rede sei von 30 % zusätzlichem Rissvolumen gewesen. Die Statiker seien zu der Feststellung gekommen, dass die statische Sicherheit der Brücke nicht mehr gewährleistet sei. Dies bedeute, dass sie unter Beibehaltung des gegenwärtig auf ihr ausgeübten Drucks einsturzgefährdet gewesen wäre. Er habe daraufhin mit dem externen Berater, einem Gutachter, der die Stadt auf nationalem Niveau berate, Herrn Steiger telefoniert. Er habe ihn gebeten, sofort aus Mainz vorbei zu kommen und dieser habe am Telefon bestätigt, dass Kenntnisse gewonnen worden seien, wonach Gefahr in Verzug bestehe. Die Verwaltung habe deshalb sofort unmittelbar nach der Besprechung in der Weise gehandelt, dass bereits mittags die schweren Baugeräte von der Brücke entfernt worden seien. Dabei müsse man wissen, die schweren Baugeräte hätten zufällig in etwa dieselbe Druckbelastung auf die Europabrücke wie der fließende Verkehr. Wenn er im Fortgang der Berichterstattung Europabrücke sage, meine er dabei ausschließlich die Oberstrombrücke, die ein eigenständiges Bauwerk sei gegenüber der Unterstrombrücke, also die Brücke, die ins Stadttinnere führe. Nur von dieser Rede man zurzeit.

Am späten Nachmittag habe man sich in einer weiteren Besprechung fortwährend mit der Situation beschäftigt und sei zu den folgenden Erkenntnissen gekommen:

Die Sofortentscheidung, die Bauarbeiten abubrechen, um das schwere Gerät von der Brücke zu nehmen, könne nur als provisorische Entscheidung angesehen werden, denn die Ursache des Problems sei, dass man Wasser in den statischen Sicherheiten habe und dieses Wasser sich unter den obwaltenden Frostbedingungen weiter ausdehne, was somit die Risse verschärfe. Jeder Tag, an dem man weniger an der Brücke baue, verschärfe das Problem der Brücke in der Weise, dass,

wenn man dies über mehrere Tage und Wochen praktiziere, damit wiederum die Sicherheit der Brücke insgesamt gefährdet würde. Man müsse natürlich auch im Blick haben, dass die Frage nach der dauerhaften Nutzung der Brücke auch von großer Bedeutung sei, insbesondere natürlich auch im Hinblick auf die BUGA. Die Verwaltung habe deswegen am Abend des Dienstags in einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit davon unterrichtet, dass man es mit einer gravierenden Situation zu tun habe und dass man erheblichen Druck von der Brücke nehmen müsse. Er habe Gelegenheit gehabt, am Nachmittag mit einigen Fraktionsvorsitzenden am Rande der Gremiensitzung der Sparkasse auch über die Situation zu sprechen und im Übrigen zu versuchen, die Sache so eng wie möglich zu kommunizieren. Seither arbeite man im Wechsel an der Oberstrombrücke. Entweder sei schweres Geräte auf der Brücke, dann dürfe kein PKW-Verkehr auf der Oberstrombrücke sein oder aber, es befinde sich kein schweres Gerät darauf und dann könne man die nun eine eingerichtete Spur auf der Europabrücke weiter halten. Im Übrigen habe man eine Ersatzspur auf der Unterstrombrücke geschaffen, so dass in jedem Fall immer auf der Ersatzspur Verkehr einfließen könne. Wenn kein schweres Gerät auf der Oberstrombrücke stehe, könne auch auf der regulären aufgehaltene Spur der Verkehr weiter fließen. Dabei habe man sich stets von der Erkenntnis lenken lassen, dass Sicherheit Vorrang habe. Unter keinen Umständen hätte man riskieren können, angesichts der Tatsache, dass alle Bausachverständigen und Statiker gesagt hätten, dass hier Gefahr in Verzuge sei, die Situation unverändert so zu belassen. Die Situation sei so dramatisch gewesen, dass man nicht einmal sicher wissen konnte, ob der Frühpendlerverkehr des nächsten Tages unbeschadet weiter hätte gelenkt werden dürfen. Aus dem Grund habe man am Dienstag sofort gehandelt. Die Verwaltung habe sich dabei bemüht, die Beeinträchtigung so gering wie möglich zu halten, aber man sei sich natürlich der Tatsache bewusst, dass die ganze Situation auf der Europabrücke schon vorher dramatisch gewesen und es jetzt erst recht sei. Man sei sich auch dessen bewusst, dass die jetzige Situation, die mehrere Wochen oder auch Monate dauern werde, unbefriedigend sei auch im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Einkaufsmöglichkeiten der Innenstadt. Man müsse dann die Ausweichmöglichkeiten nutzen, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei. Dies sei alles nicht bequem, aber notwendig. Aber er denke, man sei sich bei der Feststellung einig, wenn Gefahr in Verzug sei, dann müsse unverzüglich gehandelt werden. Dann habe die Sicherheit von Menschen Vorrang vor allen ökonomischen Betrachtungen. In diesem Sinne habe der Stadtvorstand gehandelt.

Eine Aussprache über die Angelegenheit wird nicht gewünscht.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um eine Sondersitzung des Ältestenrates durchzuführen und sich dort kurz mit der Vorbereitung des Punktes 12 (Schienenthaltepunkt Stadtmitte) zu beschäftigen mit dem anschließenden Versuch, die Debatte aufzugreifen. Diesem Vorschlag schließt sich der Stadtrat an.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 15.15 Uhr bis 15.45 Uhr.